

Die Wochenzeitschrift «L'Hebdo» ist auch ein Opfer der veränderten politischen Grosswetterlage **SEITE 16**

Gegen den früheren Innenminister Gambias wird wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit ermittelt **SEITE 16**

# Politik fremdet gegenüber Secondos

Die politische Integration von Eingebürgerten verläuft in der Schweiz langsamer als in anderen Ländern

Pascal Broulis, Oskar Freysinger oder Nuria Gorrite haben Migrationshintergrund – und betreiben Schweizer Politik. Repräsentativ sind sie nicht: Secondos sind noch immer untervertreten. Dabei fällt etwas besonders ins Auge.

DANIEL GERNY, ERICH ASCHWANDEN

Mittwochabend, in der Berner «Casa d'Italia». Statt Calcio steht in der traditionellen Italiener-Beiz Politik auf dem Programm: Die Berner Sozialdemokraten rufen mit Blick auf die kantonalen Wahlen vom nächsten Jahr eine weitere Sektion der «SP-Migrantinnen» ins Le-

## Einbürgerungsvorlage

Eidgenössische Abstimmung  
vom 12. Februar 2017

ben. Ziel ist es, Schweizer mit Migrationshintergrund in der Politik präsenter zu machen – nicht nur in öffentlichen Ämtern, sondern auch innerhalb der Partei selbst. Obwohl in der SP vergleichsweise viele Secondos eine politische Heimat gefunden haben, seien Migranten in seiner Partei noch immer untervertreten, sagt der Basler Grossrat Mustafa Attici, Präsident der SP-Migrantinnen und -Migrantinnen und selbst schweizerisch-türkischer Doppelbürger.

## Förderung zeigt Wirkung

Ein Blick in die SP-Gremien gibt Attici recht. Zwar liegt die SP bei der Aufnahme politischer Exponenten mit Migrationshintergrund im Vergleich mit den bürgerlichen Parteien vorne. Das

## In den Westschweizer Regierungen sind Secondos weit besser vertreten.

politische Profil der SP, ihre inhaltliche Nähe zu den Gewerkschaften und ihr Engagement in ausländerpolitischen Fragen begünstigen den Einbezug dieses Segmentes naturgemäss. Die Förderung von Migranten zeigt Wirkung: In Basel-Stadt beispielsweise, wo sich die Partei seit 1997 gezielt mit dieser Frage beschäftigt, stellt die SP inzwischen vier türkischstämmige Kantonsparlamentarier. Attici selber steht als erster Nachrückender knapp vor dem Sprung in den Nationalrat.

Doch stellt auch die SP in der ganzen Schweiz nur gerade drei kantonale Regierungsmitglieder mit Migrationshintergrund (Nuria Gorrite, Waadt, Jean-Nathanaël Karakash, Neuenburg, und Dimitri Moretti, Uri). Die FDP bringt es ebenfalls auf drei Exekutivmitglieder mit ausländischen Wurzeln (Pascal Broulis, Waadt, Andrea Bettiga, Glarus, und Pierre Maudet, Genf). Für die CVP sitzt Serge Dal Busco im Genfer Staatsrat zusammen mit Mauro Poggio vom Mouvement Citoyen Genevois und Antonio Hodgers von den Grünen. Die SVP ist im Wallis mit Oskar Freysinger vertreten.

## Eingebürgerte wählen seltener

Auffallend: In den Westschweizer Regierungen sind Secondos weit besser vertreten. In den eidgenössischen Räten



Wenn im Parlament in Bern politisiert wird, sind Eingebürgerte unterdurchschnittlich vertreten.

CHRISTOPH RUCKSTUHL / NZZ

haben nur gerade rund 10 Prozent der Gewählten einen Migrationshintergrund, während es bei der stimmberechtigten Wohnbevölkerung fast vier Mal so viele sind (erste und zweite Generation). Die Schweiz wurde in den letzten Jahrzehnten durch die Einwanderung stark geprägt, doch auf der politischen Bühne schlägt sich das nur teilweise nieder.

Das legen auch wissenschaftliche Zahlen des European Social Survey (ESS) nahe, einer Studie, die alle zwei Jahre in 30 Ländern durchgeführt wird. Sowohl in der Schweiz als auch in Europa liegt der Anteil der Nichtwähler, die seit Geburt über die politischen Rechte verfügen, auf vergleichbarem Niveau bei unter 30 Prozent. Bei den Eingebürgerten beträgt er in Europa 38 Prozent, während in der Schweiz 55 Prozent Nichtwähler sind. Denkbar ist, dass dies an der in der Schweiz besonders restriktiven Einbürgerungspolitik liegt. Dabei zeigt eine Untersuchung aus dem Jahr 2015, welche Integrationskraft Einbürgerungen auch in politischer Hinsicht haben: Personen, deren Einbürgerungsgesuch hauchdünn angenommen wurde, kennen sich 15 Jahre nach dieser Weichenstellung politisch deutlich besser aus als solche, deren Gesuch per Zufall mehr abgelehnt wurde.

## Bürgerliche haben Mühe

Die Abstimmung vom 12. Februar über die erleichterte Einbürgerung für Ausländer der dritten Generation gewinnt vor diesem Hintergrund an Bedeutung. Dennoch befürworten nicht alle poli-

## Weshalb Welsche eher Secondos wählen

ase. · Das Gefälle ist augenfällig: Während in den Exekutiven der Westschweizer Kantone acht Vertreterinnen und Vertreter mit Migrationshintergrund sitzen, sind es in der Deutschschweiz nur gerade deren zwei. Der grüne Genfer Staatsrat Antonio Hodgers hat dieses Missverhältnis schon als Nationalrat miterlebt. Der Gruppe von Parlamentariern mit Migrationshintergrund, die von der Waadtländer SP-Vertreterin Ada Marra gegründet wurde, gehörte zum damaligen Zeitpunkt neben acht

tisch engagierten Secondos die Vorlage. So wird Niko Trlin ein Nein in die Urne legen, weil dadurch Leute eingebürgert würden, die schlecht integriert seien und an schweizerischer Politik letztlich gar nicht interessiert seien. Der 39-Jährige politisiert für die SVP und ist Präsident der «Neuen Heimat Schweiz» im Kanton Zug. Mit dieser Vereinigung versucht die SVP seit 2013 gezielt Angehörige der zweiten und dritten Ausländergeneration anzusprechen. Angestossen wurde die Aktion durch eine der bekanntesten Schweizer Politikerinnen mit Migrationshintergrund, die Luzerner SVP-Nationalrätin Yvette Estermann. Bis jetzt hält sich der Erfolg allerdings in Grenzen, existieren doch gemäss der Website nur Sektionen in den Kantonen Basel-Stadt, Bern, Luzern und Zug.

Die «Neue Heimat Schweiz» ist eine der wenigen institutionalisierten Initiativen auf bürgerlicher Seite, um Migranten und Secondos gezielt anzusprechen. Einen Versuch wagte auch die CVP des Kantons Luzern. Doch sie bekundet bis heute Mühe, Leute mit Migrationshintergrund für sich zu begeistern. Vor sechs Jahren sorgte sie im Kanton Luzern mit der Gründung der Vereinigung Christlich-Demokratischer Kosovaren (CDK) gar für Schlagzeilen und innerparteiliche Spannungen. Wie CDK-Co-Präsident Ben Deku auf Anfrage erklärt, sind die Parteimitglieder mit albanischen Wurzeln inzwischen auch beim rechten Parteiflügel akzeptiert. Doch zur Gründung weiterer Kantonssektionen kam es nicht. Im Kanton

Luzern sind es rund 50 Mitglieder, die sich aktiv am Parteileben beteiligen. Viele Eingebürgerte seien mit den politischen Rechten und Pflichten zu wenig vertraut, beobachtet Attici.

## Identität wird gestärkt

Er hält es für richtig, wenn die Parteien die politische Integration explizit förderten. Ein Fehler sei es aber, wenn sich Migranten und Secondos auf ausländer-spezifische Themen zurückzögen. Frühere Versuche mit gesonderten Listen bei Wahlen haben sich nicht zuletzt deshalb als erfolglos erwiesen. Auch für Ben Deku von der CDK ist wichtig, dass seine Gruppierung eine breite Palette von Themen abdeckt.

## Einbürgern heisst auch integrieren

Kommentar auf Seite 11

Wie schnell es in der Politik gehen kann, hat Rupan Sivaganesan erfahren. Der SP-Mann mit tamilischen Wurzeln schaffte 2006 den Sprung in den Zuger Kantonsrat und den Gemeinderat der Stadt Zug. Dies, drei Monate nachdem er den roten Pass erhalten hatte. Für ihn ist es keine Frage, dass sich Leute mit Migrationshintergrund politisch engagieren sollen: «Wer sich politisch einmischt, stärkt seine Identität. Und zwar unabhängig davon, für welche demokratische Partei er sich entscheidet.»

akzeptiert, wenn er sich politisch engagiert.» Anders als in der Deutschschweiz sind Secondos auch in bürgerlichen Parteien gut vertreten. Im Mouvement Citoyens Genevois, das in vielen Fragen eine ähnliche Haltung vertritt wie die SVP, ist der Anteil an Mitgliedern mit ausländischen Wurzeln hoch. «Entscheidend ist hier für die Parteien, dass jemand in Genf wohnt und sich um die Probleme der Genfer kümmert. Woher jemand ursprünglich stammt, spielt keine Rolle», betont Hodgers.

MENSCHENRECHTSGERICHTSHOF

## Grobe Fehleinschätzung

Tamiler wurde zu Unrecht nach Sri Lanka zurückgeschafft

fon. · Im Sommer 2013 schickte die Schweiz einen tamilischen Asylbewerber, dessen Gesuch abgelehnt worden war, zusammen mit seiner Familie zurück nach Sri Lanka. Bei der Einreise wurde der Mann von der Polizei verhaftet, wegen Straftaten als Mitglied der «Tamil Tigers» inhaftiert und im Gefängnis misshandelt. Ein Vertreter der Schweizer Botschaft hatte die Möglichkeit, den Tamilen zu besuchen, woraufhin die Ehefrau und die Kinder wieder in die Schweiz zurückfliegen konnten.

## Über Parallellfall informiert

Der Tamile wurde im Frühling 2015 aus der Haft entlassen und durfte mit einem humanitären Visum zu seiner Familie in die Schweiz einreisen. Im Juni 2015 erhielt der heute 37-Jährige Asyl. – Während seiner Inhaftierung in Sri Lanka wandte sich der Tamile an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte und klagte gegen die Schweiz: Sie habe mit seiner Rückschaffung gegen das Folterverbot verstossen. Die Behörden hätten dem Risiko, dass ihm in seinem Heimatland Misshandlungen drohten, nicht genügend Rechnung getragen. Beim Eidgenössischen Justizdepartement sowie beim Bundesamt (heute Staatssekretariat) für Migration habe man gewusst, dass wenige Wochen zuvor bereits ein anderer weggewiesener tamilischer Asylbewerber inhaftiert und misshandelt worden sei.

Die Strassburger Richter teilen diese Auffassung, und zwar einstimmig. Im Zeitpunkt der Rückschaffung hätte den Schweizer Stellen die mögliche Gefährdung des Tamilen bewusst sein müssen, zumal sie über den Parallellfall des zweiten verhafteten Tamilen von dessen Anwalt informiert worden seien. Die Schweiz, die ihr Fehlverhalten anerkannt und sich öffentlich und privat beim Tamilen entschuldigt hatte, argumentierte vergebens, der Mann könne heute nicht mehr als Opfer betrachtet werden; seine Klage sei nicht zuzulassen. Der Strassburger Gerichtshof sieht das anders. Er würdigt zwar, dass die hiesigen Behörden dem Tamilen nach seiner Verhaftung Hilfe geleistet und sein Asylgesuch im zweiten Umfang gutgeheissen haben. Dennoch habe der Mann keine ausreichende Wiedergutmachung erhalten. – Die Schweiz muss dem Tamilen eine Genugtuung von 30 000 Euro bezahlen. Hinzu kommt die Erstattung von Kosten und Auslagen im Umfang von 4800 Euro.

## Reaktion auf neue Regierung

Die Inhaftierung der zwei tamilischen Asylbewerber führte dazu, dass das Staatssekretariat für Migration (SEM) im September 2013 sämtliche Wegweisungen nach Sri Lanka suspendierte und die Angelegenheit extern untersuchen liess. Die Gutachter konstatierten in ihren 2014 veröffentlichten Berichten verschiedene Mängel im Verfahren. Diese hätten dazu geführt, dass sowohl das SEM wie das Bundesverwaltungsgericht, das die Rückschaffung befürwortet hatte, das individuelle Risiko einer Gefährdung nicht richtig eingeschätzt hätten.

Nach dem Regierungswechsel in Sri Lanka 2015 und Verbesserungen beim Menschenrechtsschutz passte das SEM letztes Jahr seine Asyl- und Wegweisungspraxis erneut an. So werden seither Rückschaffungen nach Sri Lanka als grundsätzlich zumutbar angesehen. 2016 sind laut SEM 42 Personen freiwillig nach Sri Lanka heimgereist, 12 weitere wurden zurückgeführt.

Urteil 16744/14.